Ein neues China.

Von **Parvus.**

(Schluß.)

2. Die chinesische Regierung und die chinesische Bourgeoisie.

Die Gewaltpolitik, die die Staaten Europas angewandt haben, um China der kapitalistischen Ausbeutung zu erschließen, ist wiederholt erörtert worden.[1] Nachdem wir in Japan einen kapitalistischen Staat haben erstehen sehen, ist die Frage nicht mehr die, wie China kapitalistisch wird, sondern, wie kommt es, daß es in seiner kapitalistischen Entwicklung so weit hinter Japan zurückblieb?

Da stoßen wir zunächst auf einen Faktor der Quantität. Die großen Hafenplätze Chinas, die Handelsemporien, wie Schanghai, sind kapitalistisch nicht minder umgestaltet wie die Handelshäfen Japans. Wenn nun China nur ein kurzer Küstenstrich wäre, wie Japan ein — verhältnismäßig — kleines Inselreich, so wäre China längst ein kapitalistisches Land. Aber hinter der gewaltigen Küstenlinie Chinas liegt auch noch ein ungeheures Reich. Wir sehen aus dem Beispiel Ostindiens, wie schwer das Kapital selbst dort, wo es ihm gelingt, ein eigenes Kolonialregime zu errichten, mit den Bauernmassen fertig wird — um wie viel mehr mußte der Widerstand in China sein, wo der unter europäischem Einfluß stehende Küstenstrich mit einem Hinterland von 300 oder 400 Millionen Bauern zu einem gemeinsamen Staate vereinigt war? Nicht der Starrsinn der Pekinger Regierung, die das Volk längst verraten und verkauft hätte, wenn sie es nur könnte, der Widerstand der bäuerlichen Volksmassen, dem die Regierung selbst sich fügen mußte, verlangsamte die kapitalistische Umformung des Landes.

Das chinesische Volk konnte diesen Widerstand leisten, weil es bereits zu einem zentralisierten Staate vereinigt war; andererseits, weil der Staat noch nicht genügend zentralisiert war, konnte die Regierung den Widerstand des Volkes nur schwer überwinden.

Jede staatliche Konzentration hat ihre Schranken, die in den jeweiligen Produktionsbedingungen der Gesellschaft liegen. Damit ist noch keineswegs gegeben, daß diese Schranken nicht überschritten werden können. Im Gegenteil, die Geschichte zeigt uns vielmehr, daß der Staat regelmäßig die Tendenz hat, die ihm durch die gesellschaftliche Produktion gestellten Grenzen zu überschreiten und sie auch tatsächlich überschreitet. Ebenso regelmäßig aber führt das nicht mehr zur Stärkung des Staates, sondern zu seiner Schwächung und zum Zerfall.[2] Man denke an das große Perserreich, an das römische Reich, das türkische Reich,

[1] Ich verweise insbesondere auf den grundlegenden Artikel von K. Kautsky „Die chinesischen Eisenbahnen und das europäische Proletariat". „Neue Zeit", 1886.

[2] So ist aber überhaupt der Zusammenhang zwischen Politik und Produktion: nicht daß eines dem anderen adäquat ist, sondern daß eine Störung des Verhältnisses zu einer rückläufigen Entwicklung und zu einem Zusammenbruch auf der einen oder auf der anderen Seite, oder auf beiden zugleich führt. Wie Karl Marx die Hegelsche Dialektik materialisiert und ihr die revolutionäre Tendenz abgewonnen hat, so hat man bereits umgekehrt den Marxschen Materialismus idealisiert und ihn zu einem konservativen Dogma verknöchern lassen. Aus der ökonomischen Entwicklung in ihren lebendigen Zusammenhängen mit Politik und Kultur wurde der ökonomische Faktor als Prinzip, das die Weltgeschichte richtet, und wieder wird deduziert, daß alles, was ist, schon dadurch, daß es ist, die Vernünftigkeit seines Daseins bewiesen habe. Negerausbeutung, bewaffnete Armeen, die Hungersnot in Ostindien, die Arbeitslosigkeit in Berlin, Nikolaus II. auf dem Throne und Dernburg als Kolonialminister — es ist nun einmal so, darum mußte es sein und konnte gar nicht

Spanien usw. Vor unseren Augen brach die Macht des Zarenreiches daran zusammen, daß es eine Expansionspolitik trieb, die nur der entwickelte bürgerliche Staat auf der Grundlage einer starken kapitalistischen Industrie vertragen kann. Doch auch die kapitalistische Produktion setzt der Staatsorganisation bestimmte Grenzen. Man sieht das an dem Beispiel Großbritanniens, das sein Weltreich über dieses Maß hinaus ausgedehnt hat und deshalb längst nicht mehr zusammenhalten kann. Es hat, da ihm nichts anderes übrig blieb, die „kluge Politik" der Konzessionen an die einzelnen Teile gelernt, die es in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts betrieben hat, um wenigstens den Zusammenhang mit der Zentralgewalt zu retten; da es sich vor der Auflösung des Reiches sah, versucht es jetzt eine neue Zentralisation, erstrebt ein Imperium — das Ergebnis ist aber wieder eine Förderung der Selbständigkeitstendenzen in den Kolonien, wofür die Geschichte Südafrikas seit dem Burenkrieg ein sprechendes Beispiel ist. Auch Frankreich wird schwach durch die Ausdehnung seines Besitzes, was es nicht hindert, auf weitere Okkupationen auszugehen. Und Deutschland sieht in alledem eine Aufmunterung, die gleichen Bahnen zu beschreiten.

Der chinesische Staat hat die Produktionsgrenzen überschritten, die ihm die bäuerliche Naturalwirtschaft gab. Er entwickelte sich deshalb zu einem ungefügen Gebilde von selbständigen Provinzen mit sehr schwacher Zentralgewalt.

Um ein so großes Reich wie China zu zentralisieren, waren moderne Verkehrsmittel unerläßlich. Diese setzen aber zum Teil voraus, noch mehr bedingen sie eine kapitalistische Umgestaltung der Produktion. Also die kapitalistische Umgestaltung der Produktion war notwendig, um den Staat zu zentralisieren, und doch brauchte man erst den zentralisierten Staat, um diese Umgestaltung durchzuführen.

Die Reformen, welche die Zentralregierung in China einzuführen bemüht war, scheiterten zunächst an dem Widerstand der Provinzen, und zwar wiederum nicht so sehr wegen der Rückständigkeit der Ansichten der Provinzgouverneure, als vielmehr weil sie ganz richtig erkannt hatten, daß die Reformen die Zentralgewalt auf ihre Kosten stärken würden. Diese moderne Erkenntnis machte sie zu begeisterten Anhängern der alten Tradition. Das bewirkte das Fiasko der Reformbewegung der achtziger Jahre. Sie hinterließ aber ein wichtiges Ergebnis, den Bau der Telegraphen.

Über den politischen Effekt der Einführung von Telegraphen in China urteilte K. Kautsky 1886: „Die Zentralisation und Einheitlichkeit des Reiches ist dadurch enorm gefördert, die Macht der Zentralgewalt nach innen und außen erheblich verstärkt worden." Das bildet den Ausgangspunkt der weiteren Entwicklung.

Zunächst jedoch tritt die Zentralregierung von der Reformbewegung zurück. Die reaktionäre Partei gewinnt in Peking die Oberhand. Zu den Trägern der Reformpartei werden nunmehr bezeichnenderweise einzelne Gouverneure der Provinzen. Sie haben auf ihrem beschränkteren Gebiet mehr Machtvollkommenheit und können energischer vorgehen als die Zentralgewalt. Der in Europa bekannteste unter ihnen ist Li-hung-tschang.

anders werden! Und weil ihr Geist die Entwicklung in ihrer gegenseitigen Bedingtheit nicht fassen kann, weil sie in der Geschichte keine beweglichen Kräfte kennen, sondern nur starre Gewalten, keine Kämpfe, sondern nur das Übergewicht der Masse (der Zahl, des Besitzes usw.), darum glauben sie, daß das, was wir ihnen entgegenhalten, auch nur ein Dogma sei — das revolutionäre Dogma.

1894 erhält China durch den Krieg mit Japan wieder einen gewaltigen Schlag. Darauf gewinnt die Reformpartei aufs neue die Oberhand bei der Zentralregierung. Im Vordergrund ihrer Pläne stehen die Eisenbahnen. Diese Bewegung wird aber durch die Palastrevolution von 1898 unterbrochen. Es folgen die Okkupationen durch Rußland und Deutschland. Dann der Boxeraufstand, dessen finanzielle und politische Folgen vom Staat noch bis auf den heutigen Tag nicht überwunden sind.

Indessen schreitet die wirtschaftliche Erschließung des Landes fort. Folgende Zahlen zeigen die Handelsentwicklung Chinas innerhalb dreier Jahrzehnte:

Handel Chinas in Millionen Pfund Sterling
(nach Mulhall und „The Statesmans Yearbook"):

	Einfuhr	Ausfuhr	Total
1876	21,6	24,1	45,7
1886	22,1	19,3	41,4
1896	33,7	21,8	55,5
1905	67,3	34,3	101,6

Gegenwärtig beträgt demnach die Bilanz des auswärtigen Handels Chinas über 2 Milliarden Mark! Hinter diesen Zahlen steckt zugleich der bekannte Prozeß der kapitalistischen Zersetzung der sozialen Verhältnisse.

Während die kleinen Leute, die Handwerker und die Landbevölkerung, sich in zahlreichen und erfolglosen Aufständen gegen die „Fremden", das heißt gegen die eindringende kapitalistische Ausbeutung, aufrieben, betrieb das chinesische Unternehmertum in aller Stille das Geschäft der kapitalistischen Akkumulation, um erst in den letzten Jahren als Bourgeoisie auf der politischen Schaubühne zu erscheinen.

Es vollzog sich aber im letzten Jahrzehnt noch ein anderer Prozeß, der von einschneidender Bedeutung für die Schicksale des chinesischen Staates werden sollte. Es gelang endlich, China eine bedeutende Staatsschuld aufzuzwingen. 1894 mußte es 1,6 Millionen Pfund Sterling zu 7 Prozent aufnehmen, 1895 zwei Anleihen zu 6 Prozent, zusammen 4 Millionen Pfund, und weitere 15,8 Millionen Pfund zu 4 Prozent, dann 1896 wieder 16 Millionen zu 5 Prozent — das waren die Folgen des Krieges mit Japan; darauf 1898 wieder 2,3 Millionen Pfund und 1901 ganze 64 Millionen Pfund Sterling! Das letztere war die Entschädigung für den Boxeraufstand. Wie freute man sich damals in Europa, daß es endlich gelang, China in Schuldknechtschaft zu bekommen! Nun zeigen sich die Folgen.

Brachte erst der Verkehr mit dem Ausland der chinesischen Zentralregierung durch die Seezölle und die Opiumsteuer bedeutende finanzielle Einnahmen, so sah man sich jetzt veranlaßt, als Sicherheit für die Anleihen die Seezölle wie die Opiumsteuer zu verpfänden. Das reichte aber nicht aus, und eine inländische Transportsteuer mußte auch noch dran. Das Verhältnis ist jetzt so, daß sämtliche Einnahmen von den verpfändeten Steuern und Zöllen 5,3 Millionen Pfund betragen, während an Staatsschuldzinsen 5,8 Millionen Pfund zu entrichten sind. Die chinesische Zentralregierung ist also ihrer wichtigsten Einnahmen beraubt.

Es ist klar, daß die chinesische Regierung, wie jede Regierung, durch die Steigerung der übrigen Steuern sich Ersatz zu schaffen sucht. Das um so mehr, als jede Reform, die sie unternimmt, und ganz besonders im Armeewesen, mit neuen Ausgaben verbunden ist. Das Ausland bewirbt sich um

Eisenbahn-, um Bergwerkskonzessionen, aber es zahlt nichts dafür, es will vielmehr Zinsgarantien. Das Ausland gewährt auch Anleihen, aber es will Zinsen haben.

Also China braucht Steuern, und zwar Geldsteuern. Mit Naturalleistungen ist nichts mehr getan, man kann an die englische Bank nicht mit Robottagen zahlen. Worauf soll man aber Steuern legen in einem Lande mit vorwiegender Naturalwirtschaft? Der Hauptgegenstand, den die breitesten Massen in China kaufen, ist das Salz. Darum hat die chinesische Regierung den Salzhandel längst zum Staatsmonopol gemacht. Wenn sie Geld braucht, also auch jetzt, steigert sie die Salzpreise. Daher die kolossale Verbreitung des Salzschmuggels, daher der große Einfluß der Salzschmuggler auf die Volksmassen, daher die unaufhörlichen Aufstände der „Salzschmuggler", die sich als wahre Volksbewegungen repräsentieren.[1]

So gesellte sich zu dem administrativen und militärischen Problem auch noch die finanzielle Frage. Und wiederum der gleiche Widerspruch: China braucht Reformen, um ein System von Geldsteuern zu entwickeln, und es braucht Geldsteuern, um die Reformen durchzuführen.

Unter diesen Umständen wurden die Reformen aus einer Frage der politischen Entwicklung zu einer Existenzfrage für das Reich. Zudem drangen die europäischen Großmächte von ihren ostasiatischen Besitzungen aus immer mehr in das Land, und China stand vor der Wahl, entweder unter die Kolonialmächte aufgeteilt zu werden oder durch politische Reformen eine neue Widerstandskraft zu entwickeln. In der Wahl zwischen fremdländischem Protektorat und inländischer Zentralisation gab es auch für die Provinzgouverneure keine Zweifel mehr. Wir sehen deshalb eine neue Reformbewegung aufkommen, die nunmehr unter anderem auch die Kreise der Beamtenschaft ergreift. Ihr Ergebnis ist die Änderung des Beamtenunterrichtes beziehungsweise des Prüfungssystems.

So standen die Dinge, als der Russisch-Japanische Krieg entbrannte. Seine Wirkung auf China ging über alle Maßen. Es ist aber kennzeichnend, daß die kriegspatriotische Begeisterung nicht erst nach den entscheidenden Siegen der Japaner sich einstellte, sondern gleich im Anfang des Krieges mit aller Macht einsetzte. So berichtet die maßgebende deutsche Zeitschrift in Schanghai, der „Ostasiatische Lloyd" in seiner Jahresübersicht für 1904: „Täglich trafen in Peking auf dem Draht aus allen Provinzen die stürmenden Bitten der hitzigen Generalgouverneure und Gouverneure ein, die zu einem gemeinsamen Kampf mit dem rassenverwandten Japan gegen den russischen Bären drängten.... Es bedurfte zu jener Zeit besonderer politischer Sendlinge des Mikados, um China vom offenen Kampf abzuhalten.... Seitdem gärt es und zischt es in dem großen Riesenreich, bis ein entscheidender Sieg oder eine endgültige Niederlage der Japaner entweder zu übermütiger Fortsetzung des Kampfes lockt oder in verzweifeltem Haß die ganze Rasse sich zur erbitterten Wehr setzt." Nun kann man sich eine Vorstellung bilden, wie der weitere Verlauf des Krieges auf die Gemüter in China wirken mußte.

Vor allem aber wirft man sich jetzt mit einem Feuereifer darauf, unter japanischer Leitung das Land zu reformieren. Schon in seiner erwähnten Neujahrsrevue weiß der „Ostasiatische Lloyd" zu erzählen: „Das Erziehungs-

[1] Wie sehr die Salzsteuer ein naturalwirtschaftendes Volk bedrücken kann, zeigt uns auch Rußland in der Zeit vor der Bauernemanzipation.

wesen ist während des abgelaufenen Jahres in China bis auf einen geringen Bruchteil in die Hände der Japaner gelangt. Elementar-, Mittel-, Hoch-, Ackerbau-, Dolmetscher-, Militär-, Handel- und Industrieschulen sind wie auf einen Zauberschlag in allen Teilen des Landes aus dem Boden gewachsen.... Auf japanischen Anstoß ist die Reorganisation des Heeres in Fluß geraten und ... durch tatkräftige Unterstützung japanischer Instrukteure teilweise schon verwirklicht worden.... Auf dem verwandten Gebiete des Polizeidienstes haben die Japaner große Fortschritte gemacht; sie haben bereits in vielen großen Städten Polizeitruppen organisiert und sind zurzeit an anderen Plätzen noch eifrig an der Arbeit.... Die Waffenindustrie geht mit der Heeresorganisation Hand in Hand und wird ganz unter japanischer Aufsicht betrieben. Zum Studium der Papierindustrie sind neuerdings Sachverständige nach Japan gegangen, und in die chinesischen Baumwollspinnereien hat man japanische Techniker und Vorarbeiter gerufen." So war es etliche Monate nach Eröffnung der Kriegsoperationen. Alles, was in China an Reformkräften sich ansammelte, drängte sich nun zusammen und bewirkte eine stürmische Entwicklung.

Indessen, da das Reformwerk bis dahin mit der größten Energie nicht durch die Zentralregierung, sondern in etlichen einzelnen Provinzen durchgeführt wurde, so erlangen die entsprechenden Provinzgouverneure eine außerordentliche Macht. Das gilt besonders von dem Generalgouverneur der Provinz Chihli, Juan-shi-kai. Er besitzt, und zwar vor den Toren Pekings, eine modern ausgerüstete und gedrillte Armee. Er ist stärker als die Zentralregierung. Dasselbe gilt vom Generalgouverneur Chang-chi-tang und etlichen anderen. Aber trotz ihrer Machtfülle können sie über die Grenzen ihrer Provinzen hinaus nicht viel erreichen, da ihnen der zentrale Apparat fehlt. Die Zentralregierung besitzt keine Armee, aber sie besitzt die Telegraphen, die das Land administrativ zusammenhalten. Darum geht das Bestreben der mächtigen Provinzgouverneure darauf hinaus, sich der Zentralgewalt zu bemächtigen. Das gelingt ihnen auch, und sie gelangen mit japanischer Unterstützung zur Herrschaft. Sofort gehen sie daran, die Armee einheitlich zu gestalten. Juan-shi-kai unterstellt seinem Oberbefehl, außer den Truppen seiner Provinz, auch noch die der Provinz Schantung. Er besetzt einzelne Generalgouverneurposten durch seine Schützlinge. Seine Macht wird so groß, daß man glaubt, er gehe darauf hinaus, eine eigene Dynastie zu gründen. Die Truppen aller Provinzen werden einheitlich uniformiert und bewaffnet, ein Kriegsministerium wird geschaffen. Obwohl die Zentralisation der Armee noch nicht vollkommen durchgeführt ist, so besitzt doch die Regierung genügende moderne Truppenmassen, um unter Benutzung des Telegraphennetzes und der bereits gebauten Eisenbahnlinien einen eventuellen Widerstand einzelner Provinzgouverneure mit Übermacht zu brechen. Damit ist die politische Basis gewonnen für eine neue Zentralisation des Staates.

In richtiger Erkenntnis der Zusammenhänge geht denn auch die Pekinger Regierung mit aller Energie daran, Eisenbahnen zu bauen.

Der Kampf um die politische Zentralgewalt war aber zugleich ein Kampf gegen die alten Träger und Stützen der Regierungsgewalt. Das waren die Mandschus. Einst eine Armeeorganisation, der die herrschende Dynastie ihre Macht verdankte, haben sie ihre militärische Bedeutung längst eingebüßt und sind einfache Nutznießer der Regierungsgewalt geworden. Also ungefähr wie

die Junker in Preußen, nur mit dem Unterschied, daß die Mandschus direkt vom Staate in Gehältern entlohnt werden, während die Junker auf einem komplizierten, das Volk um so mehr belastenden Umweg zu ihren Renten gelangen. Zwischen den Mandschus und dem chinesischen Volk besteht aber zugleich ein nationaler Unterschied. Es ist bemerkenswert, daß die Träger der Reformbewegung fast durchweg nationalchinesische Gouverneure waren: denn da sie nicht zu den Mandschus gehörten, die im ganzen Reich zusammenhalten, mußten sie um so mehr besorgt sein, selbst ihre Macht zu stärken. Der Sieg der reformerischen Gouverneure, beruhend auf dem Übergewicht der modernen Waffentechnik und der modernen Armeeorganisation über die alten Bannerverbände, ist also zugleich zu einem Siege der chinesischen Nation über die Mandschus geworden, die sie beherrschen.

Die neue Zentralregierung hat sich denn auch ernstlich daran gemacht, mit der Herrschaft der Mandschus aufzuräumen. Sie besorgt das so gründlich, daß der Fortbestand der Dynastie selbst in Frage gestellt ist. Vorläufig sind ganze acht Thronfolger ernannt worden, die untereinander eine Art Konkurrenzprüfung abzuhalten haben werden. Die Privilegien der Mandschus werden aufgehoben, ihre Gehälter sollen nicht mehr ausgezahlt werden. Um ihnen eine Existenz zu ermöglichen, soll ihnen Land zugeteilt werden. Nun sind sie unzufrieden, daß sie Bauernarbeit werden leisten müssen, indes sie zwei Jahrhunderte lang ein Einkommen bezogen, das ihnen völliges Nichtstun ermöglichte; es sind aber auch jene unzufrieden, denen das Land entzogen wird, damit man es den Mandschus zuteilt. Dieses Reformwerk, das äußerlich nach der Aufhebung der Adelsprivilegien in Europa aussieht, trägt also am meisten chinesische Merkmale an sich.

Die neue Regierungsgruppe braucht aber ebenfalls eine soziale Stütze. Leicht begreiflich, daß sie diese Stütze in der Idee des nationalen Chinesentums sucht. Sie findet sie in der chinesischen Bourgeoisie.

Die chinesische Bourgeoisie ist zuerst politisch als Klasse aufgetreten 1905 beim Boykott der amerikanischen Waren. Das geschah aus Anlaß der Vertragsverhandlungen mit den Vereinigten Staaten als Antwort auf die Behinderung der chinesischen Einwanderung in Amerika. Die Initiative ergriffen die chinesischen Kaufleute in Schanghai. Ihnen schloß sich der Ausschuß der Handelskammern an. Dann die kaufmännischen Gilden im ganzen Lande. „In allen Vertragshäfen bildeten sich Agitationskomitees, die durch Versammlungen, Zeitungsartikel, Flugschriften und Plakate den Gedanken des Boykotts verbreiteten." Die Regierung sah der Bewegung erst sehr wohlwollend zu, aber als diese das ganze Reich ergriff und gewaltige Massen in Bewegung setzte, bekam die Regierung Angst und erließ Verbote. Sie lenkte aber dadurch nur die Unzufriedenheit der Volksmassen gegen sich. Die Bewegung blieb auch, selbstverständlich, nicht bei den Amerikanern stehen und vollzog sich bald unter der Losung: „China den Chinesen". Es war die erste nationale Erhebung, die von der chinesischen Bourgeoisie ins Werk gesetzt wurde.

Dabei spielte bereits die Presse eine bedeutende Rolle. Zu dieser verhalfen aber den Chinesen wiederum die Japaner. „Wie Pilze schossen von Japanern oder doch von in Japan erzogenen Chinesen redigierte Zeitungsunternehmen aus der Erde, zunächst im Mandarindialekt, bald aber auch in der Umgangssprache des Volkes. Im Norden Chinas sind aus freiwilligen Spenden der Literaten und der Kaufmannschaft Lesehallen eröffnet worden, in denen die in

Peking, Tientsin und Schanghai erscheinenden Zeitungen dem Publikum unentgeltlich zur Verfügung stehen. Um den Inhalt auch denen zugänglich zu machen, die des Lesens unkundig sind oder doch den Mandarindialekt nicht verstehen, sind Zeitungserklärer angestellt. Allabendlich übertragen diese den versammelten Zuhörern den Text in die Umgangssprache und erläutern das Thema. Dem Vortrage folgt eine allgemeine Erörterung. Auch die Zeitungserklärer haben ihre Ausbildung in Japan oder an japanischen Schulen in China erhalten."

So schuf sich die chinesische Bourgeoisie Propagandamittel, um das Volk aufzurütteln.

Wir haben also zunächst eine Gruppe chinesischer Reformer in den Regierungskreisen vor uns, die die Zentralgewalt unter ihrem Einfluß hat. Diese Reformergruppe möchte sich gern auf die aufstrebende nationale Bourgeoisie stützen. Aber die chinesische Bourgeoisie hat bereits die Schranken, welche die Regierung den Reformen stecken wollte, überschritten. Aus dem Kampfe gegen die Dynastie wurde ein Kampf um die Verfassung. Zugleich stellte die Bourgeoisie Forderungen im Namen des nationalen Kapitals auf. Sie reißt die Eisenbahnkonzessionen an sich. Es gelang ihr tatsächlich, durchzusetzen, daß bereits geschlossene Verträge aufgehoben wurden. Sie wendet sich gegen jeden fremden Einfluß, also auch gegen die Japaner. Die lieben Freunde und Berater von gestern sehen sich auf einmal bitter gehaßt und befehdet. Die chinesische Bourgeoisie will nunmehr alles allein machen. Daher andererseits verstärkter Druck der Kolonialmächte, und zwar England und Japan nicht ausgeschlossen; mit dem letzteren spielen sich sogar die schärfsten Konflikte ab. Aber die militärische Macht des Staates ist noch nicht so groß, um den Großmächten trotzen zu können. Darum wirft sich die Regierung schon aus diesem Grunde mit Gewaltmaßregeln der um sich greifenden nationalen Bewegung der Bourgeoisie entgegen und verleiht dieser dadurch erst recht einen antigouvernementalen Charakter.

Die Volksmassen, von der Bourgeoisie aufgerüttelt, kämpfen mit ihr gegen die Regierung und für das nationale Interesse; sie werden aber ihrerseits auch wieder durch ihr eigenes Interesse weit über die Schranken dieses Kampfes hinausgetrieben.

Während die chinesische Bourgeoisie durch die kapitalistische Entwicklung zur Macht gelangt und die erste daran ist, aus den politischen Reformen materiellen Nutzen zu ziehen, trägt das Volk die Kosten der wirtschaftlichen wie der politischen Entwicklung. Es ist schon vorhin erwähnt worden, wie sehr es durch die Salzsteuer belastet wird; die Rekruten, die es für die moderne Armee zu stellen hat, bedrücken es nicht weniger. Die schlimmste Geißel aber ist die Reisteuerung. Um sich für den Fall von Mißernten zu decken, sammeln die Chinesen Reisvorräte. Das ist zu einer sorgfältig geregelten Staatseinrichtung geworden. Aber der kapitalistische Handelsverkehr zog die Reisvorräte aus dem Lande. Der Japanisch-Russische Krieg zumal verzehrte den gesamten chinesischen Reis. Unter einem Ausfuhrverbot füllte man wieder einigermaßen die Vorratskammern, aber als dieses Verbot aufgehoben wurde, verschwand der Reis von neuem aus dem Lande und die Preise erreichten bei der eingetretenen Mißernte eine horrende Höhe. Dies die kapitalistische Unterlage der chinesischen Hungersnot, die zu einer ebenso gesetzmäßigen Erscheinung geworden ist wie die Hungersnot in Rußland.

Wie der Prozeß der kapitalistischen Expropriation und Proletarisierung wirkt, wissen wir ja ohne weiteres. Über die Behandlung der Arbeiter beim Bau der chinesischen Eisenbahnen zum Beispiel liegen furchtbare Mitteilungen vor — nicht anders freilich wie beim Bau der transsibirischen Eisenbahn. Dazu kommen noch „Zufälligkeiten" wie der Russisch-Japanische Krieg, bei dem, nach amtlichen Feststellungen, 20000 neutrale Chinesen von den beiden Parteien abgeschlachtet wurden, während der Verlust an chinesischem Eigentum durch diesen Krieg 69 Millionen Taels beträgt (1 Tael = 6½ Mark).

Darum findet jede aufständische Bewegung, ob sie sich gegen die Regierung, gegen die Dynastie, gegen die Fremden oder gegen die Mandschus richtet, für oder gegen die Reformen eintritt, in den Volksmassen einen mächtigen Anklang und treibt regelmäßig über sich selbst hinaus.

Diese anarchischen Zustände benutzen die Kolonialmächte, um einen Druck auf die Regierung auszuüben. Unter den Fremden in China wächst das Gefühl, daß ihre Zeit bald vorbei sein wird; denn es ist ja nicht mehr ein wirtschaftlicher Widerstand, den sie zu überwinden haben, sondern es ist ihnen in China ein Konkurrent erwachsen, die chinesische Bourgeoisie schnappt ihnen das Geschäft weg. Angesichts dieser Gefahr verschwinden die alten Reibereien unter ihnen, und ihre kapitalistische Solidarität, ohne Unterschied der Nation und Rasse, zeigt sich in aller Herrlichkeit. Es besteht bereits de facto ein Konzert der Mächte, mit Einschluß Japans, China gegenüber. Das hat sich gezeigt bei der gemeinsamen Aktion, welche die Mächte gegen das projektierte neue chinesische Berggesetz unternahmen, das sie denn auch vorläufig zu hintertreiben gewußt haben. Es wird ein höchst perfides Spiel getrieben: der Pekinger Regierung wird die Hilfe der fremden Truppen angetragen, was ja das denkbar beste Mittel wäre, das Reich vollends außer Rand und Band zu bringen und es den Fremden zu unterwerfen, es wird ihr eingeflüstert, sie möge energischer gegen die aufrührerischen Provinzen vorgehen, zugleich werden die Aufständischen, wie der Fall Tatsu-Maru zeigt, mit Waffen versehen. Eine besonders provozierende Haltung nehmen Frankreich und Japan ein.

Japan hat so rasch seinen gewaltigen Einfluß in China gewonnen und auch tatsächlich enorm viel in China geleistet, und es hat so jäh diesen Einfluß eingebüßt, daß schon das allein seine gereizte Stimmung erklärt. Die japanische Bourgeoisie sieht sich in ihren kühnsten Hoffnungen enttäuscht, beinahe um den Erfolg des großen Krieges geprellt. Dazu kommt, daß Japan eine Finanzkrisis und eine Handelskrisis durchzumachen hat, und daß die öffentliche Meinung, durch die Erfolge verwöhnt, immer neue Knalleffekte haben will. Es liegen unzweifelhafte Belege vor, daß in Japan eine starke Kriegsstimmung gegen China um sich greift, die schon wiederholt bei geringen Veranlassungen, wie auch jetzt wieder bei der, wie es sich herausstellte, durchaus berechtigten Konfiskation des Schmugglerschiffes, heftig zum Ausbruch gekommen ist. Die Kriegsgefahr ist um so größer, als Japan diesmal keine Opposition bei den anderen Mächten findet, von diesen eher unterstützt wird, was selbstverständlich nicht ausschließt, daß im entscheidenden Moment eine Teilung der Mächte eintritt, die sich verschieden gruppieren, um die Vorteile der Situation für sich auszunutzen.

Die weitere Entwicklung der Dinge in Ostasien muß deshalb mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt werden.